

Über die Schwierigkeit von Innovationen in nicht-innovativen Milieus

Lobbies contra Agrarwende

Eine Agrarwende benötigt modifizierte politisch-rechtliche Rahmenbedingungen und ein offenes Beratungssystem, das sie flankiert und unterstützt. Eine aktuelle Studie der Lobbyverflechtungen in Deutschland zeigt, dass es vor allem an Letzterem noch hapert.

I Von Guido Nischwitz und Alexander Bartelt
 m Zuge der BSE-Krise ist in Deutschland das Ziel einer grundlegenden Neuorientierung der Agrarpolitik und Landwirtschaft unter dem Schlagwort *Agrarwende* wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Bisherige Reformbemühungen waren in Deutschland und in der Europäischen Union am gemeinsamen Widerstand aus Politik, Behörden, Wirtschaft und agrarischen Interessenverbänden gescheitert. Ein Jahr nach dem anfänglichen Schock über den ersten deutschen BSE-Fall ist jetzt wiederum ein deutliches Rollback konservativer Agrarpolitiker und Interessenvertreter zu beobachten (1). Die Gestaltung von adäquaten *Rechtsvorschriften* und *Förderprogrammen* für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft kann die Politik leisten. Dies alles nutzt jedoch wenig, wenn eine unterstützende, innovative und kompetente *Beratung* vor Ort fehlt: „*Es ist fraglich, ob die jetzigen Beratungsstrukturen willens und fähig sind, die Umsetzung der neuen Ausrichtung zu tragen*“ (2). Hier zeigt sich eindeutig eine offene Flanke der Agrarwende. Innovative Maßnahmen sollen auf der Basis bestehender Strukturen und zusammen mit Vertretern aus Behörden, Verbänden und Institutionen umgesetzt werden, die sich bislang in großen Teilen einer grundlegenden Neuorientierung widersetzt haben.

Daher erscheint ein zentraler Aspekt für die Umsetzung der Agrarwende in der Neugestaltung des deutschen Beratungswesens zu liegen. Dies betrifft sowohl die in den westdeutschen Bundesländern vorherrschende *Offizialberatung* – vorrangig durch die Landwirtschaftskammern – als auch die *privatwirtschaftliche Beratung*. Nötig wäre die Auflösung von durch innovationshemmende Vertreter aus Bauernverbänden und Ernährungswirtschaft hervorgerufenen *Blockadehaltungen*. Sind nun aber die vorhandenen Beratungsstrukturen reformfähig? Und wenn nicht, gibt es Ansätze zum Aufbau alternativer Beratungskapazitäten? Beide Fragen müssen angesichts der Ergebnisse

der durch den NABU beauftragten IÖW-Studie „Lobbyverflechtungen in der Landwirtschaft“ mit „Nein“ beantwortet werden. Dabei wurden exemplarisch Teile des Agrobusiness und des Beratungswesens untersucht (3). Weder ist das etablierte Beratungswesen in Form der Kammern von innen heraus reformfähig noch zeigen sich in den Ländern Bestrebungen, ein neues oder ergänzendes Beratungssystem aufzubauen. Was fehlt sind schlüssige, konsistente Strategien und Konzepte zur Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft. So gilt Nordrhein-Westfalen zwar als fortschrittlich, was die Setzung innovativer politisch-rechtlicher Rahmenbedingungen betrifft – Beispiele sind Regionalvermarktung und die Förderung des Biobereichs –, an eine Neudefinition der Aufgabenstellungen der Kammern (Beratung, Förderung, Kontrolle) wird indes nicht gedacht.

► Ansätze für eine Neuorientierung

Die gesetzlich festgelegten Einflüsse der landwirtschaftlichen Interessengruppen auf zentrale Aufgabenbereiche der Kammern wirken bezüglich der Neuorientierung der Landwirtschaft kontraproduktiv. Folgende Aspekte sind deshalb zukünftig für eine Unterstützung einer Agrarwende durch das Beratungswesen stärker zu beachten:

- Eine tiefgreifende Reform bedarf des gesellschaftspolitischen Drucks von oben (Bund) und von unten (Verbände, Regionen, Landwirte etc.).
 - Es gilt die gesamte Aufgabestellung der Kammern auf den Prüfstand zu stellen und durch Novellierungen der bestehenden Gesetze neu zu formulieren. Stichworte sind die Auslagerung von hoheitlichen Aufgaben sowie die Entflechtung von Beratungs-, Förder- und Kontrollaufgaben.
 - Nötig ist der Aufbau und die Förderung ergänzender Beratungssysteme, die die staatlichen Mittelzuweisungen an konkrete Beratungsleistungen und Inhalte knüpfen müssen.
- Einschneidende Reformen im Beratungswesen bleiben aber nur ein Teilaspekt zur Beförderung

der Agrarwende. Und sie sind nur durchführbar, wenn grundlegende Hemmnisse beseitigt werden:

- Eine inhaltliche und konzeptionelle Schärfung des Schlagwortes Agrarwende erscheint unumgänglich. Es fehlt bislang an einem konsistenten Konzept und einer Strategie, Agrar-, Verbraucher-, Umwelt- und Regionalpolitik für eine nachhaltige Entwicklung zu verknüpfen. Einzelne Erfolge wie die Verabschiedung der neuen Legehennenhaltungsverordnung sind nur Mosaiksteinchen auf dem Weg zu einer umfassenden Agrarwende.
- Eine Neuorientierung der Agrarpolitik hat nur eine Chance, wenn die Interessen- und Beziehungsgeflechte in der Agrarwirtschaft offen liegen und für eine strategische Vorgehensweise berücksichtigt werden. Es fehlt an Transparenz: Wer sind die traditionellen Spieler und was sind ihre Spielregeln? Wo und in welchen Bereichen gibt es das größte Beharrungsvermögen und wo verlaufen die zentralen Konfliktlinien?

Die IÖW-Studie konnte in Kombination mit der parallel aufgebauten Datenbank „Bauernfunktionäre und ihre Nebenjobs“ (4) erste Hinweise zu Lobbyverflechtungen und möglichen Reformansätzen geben. Die vehementen Reaktionen aus Politik, Ministerien, Kammern und Verbänden zeigen, dass dies ein zentrales Thema bei der Umsetzung der Agrarwende ist.

Anmerkungen

(1) Nischwitz, G.: Die Agrarwende – Motor einer nachhaltigen Regionalentwicklung? In: AgrarBündnis (Hrsg.): Landwirtschaft 2002. Der Kritische Agrarbericht, Kassel 2002, S. 148-152.

(2) Bundeskanzleramt: Vorschläge für eine verbraucherorientierte Neuausrichtung der Agrarpolitik, für eine andere Landwirtschaft. Das Konzept des Bundeskanzleramtes. 23.01.2001, Berlin.

(3) Nischwitz, G./ Bartelt, A./ Kaczmarek, M./ Steuer, S.: Lobbyverflechtungen in der deutschen Landwirtschaft. Beratungswesen, Kammern, Agrobusiness (Hrsg. NABU Deutschland). Bonn 2002.

(4) Im Internet unter www.NABU.de/landwirtschaft/datenbank/html

Die Autoren

Dr. Guido Nischwitz und Alexander Bartelt sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsfeld Regionale Wirtschaftspolitik/ Nachhaltige Regionalentwicklung am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.

Kontakt: IÖW, Regionalbüro Nordrhein-Westfalen, Völklinger Str. 9, 42285 Wuppertal. Tel. 0202/ 80530, Fax 83402, E-Mail: mailbox@wuppertal.ioew.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.